

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Abonnementspreis: Einzel-Nr. 6.— Mt. Durch Austräger 30.— Mt. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Reaktionspreis: 6.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 24. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzelle oder deren Raum 10.— Mt. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 Mt. Kleine Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzelle 9 gespalten oder deren Raum im Text 30.— Mt.

Die Wendung der französischen Russlandpolitik.

Am selben Tage, als der Großindustrielle Perriot von seiner Russlandreise nach Paris zurückgekehrt, in der Presse mit seinen Veröffentlichungen im Interesse einer Wiederaufnahme friedlicher französisch-russischer Beziehungen begann, veröffentlichte der offiziöse „Temps“ einen Leitartikel über die russische Frage, der mit folgenden Betrachtungen beginnt: „Russland ist im Jahre 1922 wieder in das diplomatische Leben Europas eingetreten. Verschiedene Ereignisse, so die Konferenz in Genue und Haag, der Rapallo-Vertrag, vor allem aber die durch den russischen Sieg verursachten großen Veränderungen trugen dazu bei. Auch der Empfang Perriots in Russland hat das seinige. Nun stehen die Verhandlungen über die Meerengen bevor. Einige dieser Ereignisse haben uns beunruhigt und missfallen. Andere wieder im Gegenteil. Alles in allem führte aber zu dem Ergebnis: Um eine europäische Politik zu betreiben, muß künftighin mit Russland gerechnet werden.“ Der Artikel ist die offiziöse Ankündigung der Aenderung der französischen Russlandpolitik und endet mit dem Appell an Sowjet-Russland, sich an den bevorstehenden Verhandlungen aktiv zu beteiligen.

Diese Äußerungen zeigen, daß Frankreich daran geht, mit Sowjet-Russland wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Von vornherein kann festgestellt werden, daß die Aenderung der französischen Politik einen unbedingten Erfolg Sowjet-Russlands bedeutet. Die französische Bourgeoisie und die mit ihr eng verbundene russische Auslandsmission hat hiermit, im schroffen Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, die Beständigkeit der Arbeitermacht anerkannt und will mit ihr als mit einem tatsächlichen Machtfaktor rechnen. Da aber Sowjet-Russlands Bedingungen seit Genue und Haag bekannt sind, und die Sowjet-Regierung von ihrem prinzipiellen Standpunkt auch seitdem nicht abgewichen ist, muß angenommen werden, daß Frankreich diese Bedingungen als Verhandlungsgrundlage anerkennt.

Es wäre freilich falsch, anzunehmen, daß die französische Bourgeoisie nunmehr Sowjet-Russland „freundlicher“ gegenübersteht. Die Annäherung an Sowjet-Russland liegt heute im Interesse des französischen Imperialismus, der neben seinem europäischen Plan auch die englische Orientpolitik durchkreuzen will. Der englisch-französische Gegensatz in der Meerengen-Frage ist der Hintergrund, der die Aenderung der französischen Haltung richtig einschätzen läßt. Es ist ein Lebensinteresse der Sowjet-Republik, den unerträglichen Druck des englischen Weltreiches im Orient zu schwächen, die Türkei und alle mohammedanischen Länder gestärkt zu wissen, vor allem aber die bisherige Alleinherrschaft Englands über die Eingänge des Schwarzen Meeres zu brechen. Letzteres Ziel verfolgt, wenn auch aus grundverschiedenen Motiven auch der französische Imperialismus und es wäre töricht, wenn die Sowjetmacht die Gegensätze der beiden großen Imperialisten nicht in ihrem eigenen Interesse, im Interesse der russischen Arbeitermassen auszunutzen würde.

Die Stärkung der Sowjetmacht will die französische Bourgeoisie natürlich nicht. Im Kampf gegen ihren gefährlichsten Konkurrenten, England, ist sie aber bereit, vorübergehend auch eine Annäherung an Sowjet-Russland zu suchen, um so mehr, da diese Annäherung von den französischen Industrie- und Handelskreisen seit langem gewünscht wird.

Große Teile der französischen Bourgeoisie waren mit der bisherigen Politik Poincarés durchaus nicht einverstanden. Sie sahen die sich anbahnenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen England und Deutschland auf der einen und Sowjet-Russland auf der anderen Seite mit wachsender Unruhe. Diese Unruhe wurde noch verstärkt durch die Tatsache, daß sich gewisse deutsche Wirtschaftskreise die Durchführung des Rapallo-Vertrages tatsächlich bloß als Mittelmeisterdienste für englische Interessen vorgestellt haben und daß ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie sich mit allen Kräften gegen den Ausbau direkter Beziehungen mit Sowjet-Russland gestemmt hat.

Die Wutausbrüche des „Vorwärts“ anlässlich der Ratifizierung des Rapallo-Vertrages haben diese Zusammenhänge genügend beleuchtet und das sozialdemokratische Organ, mußte vom bürgerlichen „Temps“ über die Lächerlichkeit des Märchens eines neuen russischen Imperialismus belehrt werden.

Worte gegen Rechts

Im Reichstage sang Herr Stresemann das hohe Lied von Eberts nationalen Tugenden. Zentrum, Demokraten, sogar Volksparteiler, finden scharfe Worte nach rechts. Die Sozialdemokratie läßt wieder ein Wortgebotener gegen Monarchisten vernahmen. Herr Sebering schießt Pfeile nach derselben Richtung ab. Wieder einmal hört man den Alarmruf: Der Feind steht rechts!

Wenige Tage nach dem Einsetzen einer mühen, jetzt auch noch nicht beendeten Kommunistenhetze, im Augenblick, wo die Feuerungswelle immer höhere Wogen schlägt, plötzlich eine Frontstellung der Koalitionsparteien von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei gegen rechts. Was hat das zu bedeuten? Sollen nun die Orgesch-Organisationen niedergedrungen werden, gab dazu die Aufbedingung von Mordplänen gegen den Reichskanzler begründeten Anlaß? Wenn ja, warum inszenierte man dann voraus die verleumderische Hetze gegen die SPD? Warum verhaftete man Führer der Betriebsrätebewegung? Die Mordpläne waren der Regierung doch vorher schon bekannt. Bekannt war ihr auch vorher der wahre Charakter des „Bundes für Freiheit und Ordnung“. Hinter der Wort-Kampfanlage für die Rechte muß sich also noch etwas anderes verbergen. Ähnliche Töne wie jetzt der Ruf: der Feind steht rechts! hörten wir früher schon einmal. Es war bei der mit so großem Aplomb inszenierten Aktion gegen die monarchistischen Mörder nach dem Rathenau-Mord. Was folgte hinterher? Kampf gegen das Proletariat! Neue Feuerungswellen kamen! Mit verstärkter Wucht setzte die Offensive des Kapitals gegen den Achtstundentag ein. Die Erfahrungen machen das Proletariat gewarnt.

Gewiß, die Großbourgeoisie fühlt sich durch das Treiben der Monarchisten in der Durchführung ihres Aufbauprogramms gestört. Stinnes und Kompagnie haben noch wichtige Aufgaben zu lösen. Der Brief des Großindustriellen Thyssen an den Reichskanzler, in dem er energisch den Kampf der Regierung für die allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit verlangt, weist auf die Spur. Man will ungestört von den monarchistischen Putzereien nun bald den Achtstundentag über den Haufen rennen. Man will alle Kräfte der Bourgeoisie bereitstellen für die weitere Verminderung des Reallohnes, für noch schärfere Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch Preissteigerung und erhöhte Steuerlasten. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sozial- und Kleinrentner, breite Schichten des ehemaligen Mittelstandes, sie alle werden durch derartige Maßnahmen in erhöhtem Maße für das Großkapital tributpflichtig gemacht.

Daß mit dem parlamentarischen Wortkampf gegen rechts keine Vertretung der Interessen der breiten Schichten des Volkes verbunden ist, das ergibt sich schon ganz sonnenklar aus der erneuten Verteuerung des Brotgetreides. Auch in dieser Beziehung erleben wir jetzt eine Neuauflage. Während nach dem Rathenau-Mord anscheinend eine scharfe Linkswendung der Regierung vorgenommen wurde, erhöhte man gleichzeitig die Preise für das Umlagegetreide, verschlechterte Sozialdemokraten, Unabhängige, Zentrumsleute, Demokraten und Volksparteiler die Regierungsvorlage. Und jetzt in diesem Augenblick, wo man wieder einen scharfen Kampf gegen die deutschnationalen inszeniert, wird ebenfalls wieder eine Erhöhung des Getreidepreises beschlossen.

Immer breitere Schichten nicht nur der Arbeiterschaft, der Beamten und Angestellten, sondern auch des Kleinbürgertums erkennen mehr und mehr, daß die Koalitionspolitik sie nicht vor weiterer Verelendung schützen

Boran jetzt die französische Bourgeoisie herantritt, ist die Durchführung dessen, was der deutschen Wirtschaft durch den Rapallo-Vertrag ermöglicht war, aber vom deutschen Kleinbürgertum aus heillosen Furcht vor dem Ententekapital verhindert wurde, obwohl es jedem klar sein mußte, daß der einzige Ausweg für die deutsche Wirtschaft die Anknüpfung ernstlicher Beziehungen mit Sowjet-Russland ist. Es ist die Schuld der deutschen Kleinbürgerlichen Reichsregierung, wenn Frankreich die „wirtschaftliche Einkreisung“ auch gegen Osten durchführt und anstatt einer aktiven Außenpolitik dem deutschen Schwerekapital nur mehr Gelegenheit geboten wird, auf dem Umwege über den französisch-deutschen Montantrust an den Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjet-Russland teilzunehmen.

Kerker gegen Links.

kann und nicht schützen will. Schon macht sich ein Schwanken in der deutschnationalen Mittläuferschaft bemerkbar. Die Feuerungsbewegung, die von den Kontrollausschüssen und den Betriebsräten getragen wird, übt sichtbar eine wachsende Anziehungskraft auf die Mitglieder der Sozialdemokratie und der bisher sich passiv verhaltenden Gewerkschaften aus; Zentrumsarbeiter schließen sich ihr an; Kleinbürger befreunden sich mit ihr. Damit erwächst eine Gefahr für die Stinneskoalition und auch für die deutschnationalen Hegergruppen. Daher ihr erhöhter Eifer, um durch Demonstrationen, um durch wütendes Geschimpfe auf die Wirtsherrschaft, um durch eine neue Kommunistenhetze die Aufmerksamkeit der von der Räuberpolitik der Agrarier und des Großkapitals Bedrohten abzuwenden. Daher der Versuch, Krawalle zu inszenieren, um dann das Proletariat von der Stinnes-Republik blutig niederschlagen zu lassen.

Wenn auch die Stinnes und die mit ihnen verbündeten Sozialdemokraten vor einer solchen Ausgabe nicht zurückschrecken, so empfinden sie die Beunruhigung durch die monarchistischen Wühlereien doch als eine Störung ihres „friedlicheren“ Planes zur Anhebung des Proletariats. Sie wollen ihn durchführen mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD. Genau wie die deutschnationalen und die feudalen Großgrundbesitzer haben die Koalitionsparteien jetzt das Bedürfnis, die Aufmerksamkeit der werktätigen Bevölkerung von den sie bedrohenden Gefahren abzulenken. Vor allem soll die eingeleitete Bewegung zur Bildung von Kontrollausschüssen und zur Organisation der Betriebsräte gehemmt, wenn möglich sogar vollständig zerstört werden. Auch will man gerne jene Schicht aus dem Kleinbürgertum und dem ehemaligen Mittelstande, die sich stärker von der proletarischen Bewegung gegen die Wuchererei und Preistreiberei angezogen fühlt, wieder in den Strom der nationalen Mittläuferschaft hineinstoßen. Die neuen Mordpläne erscheinen dazu als ein passendes Mittel. Das Geschrei über die Gefahren, die dem Vaterlande durch wahnwitzige Attentäter drohen, soll die politisch noch nicht klaren Proletarier und Kleinbürger erschrecken, soll sie politisch ablenken, soll sie in die Gefolgschaft der Koalitionsparteien bringen.

Aus demselben Grunde versucht man auch, die Bogromstimmung gegen die Kommunisten wenn möglich noch zu steigern. Man hat durchaus nicht den Plan fallen gelassen, durch eine Justizaktion gegen die Leiter der Betriebsrätebewegung und gegen kommunistische Funktionäre die proletarische Rüstung gegen die Ausbeutungspolitik aufzuhalten. Der praktische Kampf gegen das revolutionäre Proletariat gehört zum Plan, genau so gut wie der neue Scheinkampf gegen die Reaktion.

Das Proletariat wird auf dem Posten sein, um monarchistische Anschläge abzuwehren; aber es wird sich nicht abhalten lassen von einem verstärkten Kampf gegen die Koalitionspolitik, die mit ihren Auswirkungen den Achtstundentag bedroht, neue Preissteigerungen hervorruft, neue Steuerlasten der werktätigen Bevölkerung aufwälzt. Es wird Aufgabe der Kontrollausschüsse sein, mit erhöhten Anstrengungen den Kampf gegen das Preistreiben fortzuführen, gleichzeitig aber auch ein scharfes Augenmerk auf das Treiben der Orgesch zu richten.

Volldampf in der Vorbereitung zu entschiedenem Abwehrkampf, erhöhte Aktionsbereitschaft, das ist die Antwort, die das Proletariat den hinterhältigen Plänen der Koalitionshüter und Orgeschbanditen zu erteilen hat

Die bisherige Politik der Sowjet-Regierung ist eine genügende Garantie dafür, daß Sowjet-Russland aus den imperialistischen Gegensätzen ausschließlich für das russische Volk Nutzen ziehen wird. Die bisherige Haltung der kleinbürgerlichen deutschen Reichsregierung ist dagegen eine Garantie dafür, daß diese Regierung auch weiterhin als willenloser Spielball der fremden Imperialisten behandelt wird und die Interessen der deutschen Wirtschaft preisgibt. Die Tatsache der französischen Annäherung an Sowjet-Russland ist ein weiterer Beweis dafür, daß nur die Arbeiterschaft die Interessen der deutschen Wirtschaft wahrnehmen und eine selbständige Politik einleiten kann, die aus der Verelendung und der Verflabung durch das inländische und ausländische Kapital herausführt.

Wie man die Vertreter der Berliner Arbeiterschaft behandelt.

Zur gestrigen Landtags-Sitzung waren im Abgeordnetensaal etwa 100 Betriebsräte erschienen als Vertreter von über 60 000 Arbeitern der größten Berliner Betriebe.

Die Delegation verammelte sich in einem Saal, wo sie dem Minister Severing die Forderungen der Berliner Arbeiterschaft auf Freilassung der Verhafteten und Absetzung des Polizeipräsidenten Richter übermitteln wollten.

Die Delegationen warteten also. Inzwischen stellten unsere Abgeordneten fest, daß sowohl alle Tribünenarten vergeben waren (die kommunistische Fraktion bekam 9 Kartens) große Logen auf den Tribünen noch völlig unbesetzt waren.

Nachdem die Delegation mehrere Stunden vergebens gewartet hatten, ließ Severing erklären, daß er sich weigere, die Abordnung zu empfangen, die anzuhören er versprochen hatte.

Die Empörung unter den anwesenden Arbeitervertretern über die Behandlung, die ihnen von den Sozialdemokraten Severing und Reinert zuteil wurde, war ungeheuer.

Richter der Schuldlose.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt heute folgende Meldung: Gestern nachmittag empfing der preussische Minister des Innern, Severing, im Landtag Vertreter der deutschen Volkspartei zu einer Aussprache über die Vorgänge am Zirkus Zuch.

Diese Meldung ist in verschiedener Hinsicht interessant. Herr Severing hat gestern noch nicht auf die Reden der einzelnen Parteivertreter im Landtag geantwortet, obwohl er anwesend war.

Ferner ist äußerst beachtend, daß der Minister ausgerechnet mit Vertretern der Deutschen Volkspartei über diese Dinge verhandelt.

Wo bleibt die Abwehr der Konterrevolution?

Durch einen Zufall — die freiwillige Selbstbeziehung eines Mitglieds — wurden zwei neue politische Mordanschläge, diesmal auf den Reichstagspräsidenten Brüch, angekündigt.

Wird es zwar für diesmal gerettet. Die Morddrohung jedoch bleibt. Die Mordorganisationen, deren Gründung der Oberstaatsanwalt in Leipzig feierlich leugnete, erheben ihr Haupt frecher als je zuvor.

Die Abwehr der Anschläge der Konterrevolution kann eben nicht durch kleine bürokratische Mittel und selbst nicht durch große geistliche Maßnahmen gelöst werden.

Seitdem folgte eine reaktionäre Propaganda der anderen, ein Kampf der regierenden Kleinbürger den anderen. Ungeheuer haben sich dies in jeder Hinsicht geäußert.

Die Antwort folgte auf dem Fuß. Richter geschick — nicht. Die Republik, deren Kraft sich in unendlichen Reden ihrer Staatsmänner und in politischen Scheinmaßnahmen für ihr Leben erschöpft, trägt dem Abgrund zu.

Der Hausbrand bleibt besteuert.

Der Reichstag erledigte in seiner heutigen Sitzung außer sehr großer Interesselosigkeit keiner Mühe der eine Reihe von Gesetzesvorlagen.

Die Orgeschändlanger vor dem Landtag

Im Donnerstag, den 19. hatten unsere Genossen im preussischen Landtag Gelegenheit, mit den Schülern und Handlangern der Orgel in der preussischen Regierung gründlich abzurechnen.

Zuerst ließ man den Sozialdemokraten und früheren USG-Mann Rabold seine demagogischen Wharfen gegen die Orgel und seine erlungene Hebe gegen die kommunistische Partei vorbringen.

Die deutationalen und vollparteilichen Redner hatten die Freiheit, willkommenen Schutz der gesetzlichen Versammlungsfreiheit, d. h. Versammlungsfreiheit für die Orgel, zu fordern.

Genosse Gesele

Das Wort: Der Abgeordnete Hellmann gebrauchte am 24. Juli d. J. nach dem Rathenaumorde die Worte: „Wir können diese Stunde nicht vorübergehen lassen, ohne unserer namenlosen Empörung und unserem festen Entschluß Ausdruck zu geben.“

Nach am Sonntag, den 14. Oktober, konnten wir einen Pechel veröffentlichten, der anlässlich der am Sonntag stattfindenden Kundgebung des „Bundes für Freiheit und Ordnung“ an sämtliche Gruppen des Berliner Selbstschutzes ergangen war.

Der „Vorwärts“, die BSWD und der Polizeipräsident hielten ihre schändliche Hand über die Orgeschändlanger.

Das Polizeipräsidium steht bei der Berliner Arbeiterschaft in einem besonderen Verach.

Dort steht das Blut von vielen, das noch nicht gerächt worden ist. Dort lausen Körper herum, die noch nicht gefest und verurteilt worden sind.

Partei bereits im März d. J. gestellten Antrag auf Herabsetzung der Kohlensteuer bei Industrieöfen und auf gänzliche Steuerfreiheit der Hausbrandöfen wieder auf.

In zweiter Lesung wird eine Gesetzesvorlage angenommen, die die Verlängerung der Fuderungsfrist für Weizen dieses Jahres bis zum 31. März 1923 festlegt.

Koste verbietet weiter. Das Hannover wird uns geschrieben: Nachdem die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ verboten war, hatten wir unseren Lesern die „Arbeiterzeitung von Hellen-Waldeck“ zu empfehlen.

Sie neuen Kommunistenverfolgungen bringen den Arbeiterschläger Kasse wieder oben. Er glaubt, jetzt nach Belieben seinen Haß gegen die Kommunisten die Fingel spielen lassen zu können.

Die deutsche Arbeiterklasse wird bei uns stehen und wir werden liegen. (Lebhaftes Braud bei den Kommunisten, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft kann hieraus die Größe der unmittelbaren Gefahr, von der sie bedroht ist erkennen, und muß ihre Gegenmaßnahmen treffen.

Die deutsche Arbeiterklasse wird bei uns stehen und wir werden liegen. (Lebhaftes Braud bei den Kommunisten, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Die deutsche Arbeiterklasse wird bei uns stehen und wir werden liegen. (Lebhaftes Braud bei den Kommunisten, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Sorgt für die Hungernden Auslands!

Die deutsche Arbeiterklasse wird bei uns stehen und wir werden liegen. (Lebhaftes Braud bei den Kommunisten, Händeklatschen auf den Tribünen.)

Herr Severing, misten Sie diesen Stall aus! Es ist die höchste Zeit!

Den Gipfel von Brutalität und Unmenschlichkeit erklimmte jener Polizeibeamte, der am Dienstag im Auftrag des Polizeipräsidenten bei der Blitze des ermordeten Arbeiters meines Parteigenossen Viocke, erschien, und Ihr davon teilung machte, daß die Frau ihres Mannes freigegeben ist und der dann, als die Frau in Tränen ausbrach, sagte: „A heulen Sie nur nicht so! Was sollen dann erst die Frauen von uns ermordeten Schupo-Beamten sagen.“

Sch komme nun zu dem vielgeschmähten Proletariats-Gesundheitsdienst. Er ist es gewesen, der seinezeit, als nach dem Rathenaumord die Bevölkerung zur Demonstration aufgerufen wurde und zugleich das furchtbare Eisenbahnunglück auf der Berliner Stadtbahn geschah, als erste in umfassender Weise Hilfe leistete.

Wir fordern, daß der Polizeipräsident Richter, der schon wiederholt seine Unfähigkeit bewiesen hat, aber aufser wird, wir fordern ferner, daß alle konterrevolutionären Organisationen entwirrt und aufgelöst werden.

Wir fordern, daß alle die bei der Abwehraktion zu Schaden gekommen sind zur Durchführung der Entlassung der Konterrevolutionären voll entschädigt werden.

Wir fordern, daß die Arbeiterklasse sich selbst bilden und sich selbst bilden lassen. Wir wissen aber sehr wohl, daß der Arbeiterklasse von hier keine Hilfe kommen wird, und daß sie, wenn sie zu neuen, besseren Zuständen kommen will, selber kämpfen muß.

Wir fordern, daß der Polizeipräsident Richter, der schon wiederholt seine Unfähigkeit bewiesen hat, aber aufser wird, wir fordern ferner, daß alle konterrevolutionären Organisationen entwirrt und aufgelöst werden.

Wir fordern, daß alle die bei der Abwehraktion zu Schaden gekommen sind zur Durchführung der Entlassung der Konterrevolutionären voll entschädigt werden.

Thyssen verlangt die Unterstützung der Regierung.

Im Zusammenhang mit den Vorgängen in der Rheinischen Metallindustrie beleuchtet ein Schreiben, das der Zentrums-Großkapitalist Thyssen an den Reichstagsleiter Dr. Wirth gerichtet hat, blickartig die Situation.

„Eingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

„Gingeleitet muß das Erforderliche von der Regierung werden; denn nur sie hat die Mittel in der Hand. Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar.“

voraus auf Seiten der Unternehmer wären. Deshalb müssen die Metallarbeiter Rheinland-Westfalens durch ihre Abstimmung dafür eintreten, daß der Kampf von Anfang an einheitlich geführt wird.

Überall sehen sich die Arbeiter vor die Entscheidung gestellt: Noch schnelleres Hinabgleiten in die Verelendung, Arbeitszeitverlängerung und Massenarbeitslosigkeit oder geschlossener Abwehrkampf der gesamten Arbeiterschaft mit allen Mitteln.

Schlesische Rundschau.

Knüppel-Kunze erschleicht Arbeiter!

Wir erhalten aus Oppeln folgenden Bericht: Oppeln hatte am Mittwoch, den 18. Oktober, das traurige Vergnügen, Knüppelkunge mit Gummiknüppel- und Revolver bewaffnet zu sehen. Ein vernichtetes Menschenleben hat dieser Dumm auf dem Gewissen. Ein Augenzeuge berichtet über die Vorgänge:

Auf die Anführung Knüppelkunge, daß er in der „Erholung“ (früher) eine große Anzahl Arbeiter erschien, um sich diese berühmte Versöhnlichkeit anzusehen. Lange vor Beginn war der Saal überfüllt. Außer knapp einem Dutzend seiner Anhänger, war der Saal nur von Arbeitern besetzt, die Kunze vielleicht sogar ruhig angehört hätten, wenn nicht von der aus zwei Orchesterleuten bestehenden Versammlungsleitung der eine zweimal provozierend auf den Tisch geschlagen hätte und dann erst die Versammlung eröffnete. Die Erbitterung über diese Provokation war so groß, daß die Versammlung wie ein Mann stürmisch forderte, daß Kunze sofort den Saal verlasse. Kunze — mit seiner bekannten Frechheit — zog seinen Revolver und erklärte, jeden zu erschießen, der ihn am Sprechen hindere. Als tatsächlich ein Versammlungsbesucher den Versuch machte, ihm den Revolver aus der Hand zu schlagen, streckte er denselben durch einen Bauchschuß nieder. Sehr verdammen die Begleiter und nur dem energischen Zugreifen einiger Arbeiter ist es zu verdanken, daß Knüppelkunge seinen Revolver los wurde und kein weiteres Unheil anrichten konnte. Daß es bei der Entwaschung nicht ohne eine tüchtige Tracht Prügel abging, war infolge der Erbitterung selbstverständlich.

Arbeiter zu betrügen und Arbeiterleben zu vernichten, ist zur Gewohnheit dieses Herrn geworden.

Knüppelkunge hat gesehen, daß in Oppeln kein Weizen für ihn blüht.

Bis jetzt blüht kein Weizen aber noch in der Republik! Werden die republikanischen Behörden diesen erbärmlichen Mordhuber nun endlich unschädlich machen?

Knüppel-Kunze in Breslau.

Knüppelkunge, der nationalsozialistische Radauhel, der in Oppeln Arbeiter niederknallte, ist wieder aus der Haft entlassen. Bereits am Sonnabend hat er sich wieder in Breslau aufgehalten.

Weshalb haben die republikanischen Behörden Knüppelkunge wieder entlassen? Ist es etwa nach dem Befehle zum Schutze zu rechtfertigen, daß jeder der ein Hakenkreuz trägt, nach Herzenslust Arbeiter niederknallen kann? Die Arbeiterschaft Schlesiens erwartet von den republikanischen Behörden Aufklärung.

Heraus mit Max Hoelz!

Eine Massenkundgebung des Berliner Proletariats für Max Hoelz, Amnestie und Asylrecht, am 12. Oktober in der Pragerer Friedrichshain, war von annähernd 4000 Personen besucht. Die Räume des Saalbau Friedrichshain waren nicht groß genug, um die ansturmenden Massen zu fassen. Das erste Referat des Justizrat, Fraenkel schilderte die grausame Behandlung Max Hoelz' im Zuchthaus und in der Irrenanstalt Breslau. Danach sprach Genosse Dr. Klauer. Zum Schluß forderte Genosse Fröhlich die Massen auf, in den Parteien unermüdet für die Freilassung der politischen Gefangenen zu wirken.

Soermus in Breslau.

Die Breslauer Arbeiterkassette hat selten Gelegenheit, proletarische Kunst zu genießen. Der am 21. Oktober vom Bezirkskomitee Schlesiens der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland veranstaltete Abend bot den Arbeitern und Arbeiterinnen ausserordentlich interessante Geschehnisse. War es der „rote Geiger“, war es die „russisch-deutsche“ Annäherung des Proletariats in deren Namen die Veranstaltung angekündigt wurde — der große Raum der Zentralballsaal war voll, voll mit durchweg proletarischer Zuhörerhaft.

Gen. Scholz als Bezirksleiter der Arbeiterhilfe eröffnete den Abend. Auf der Bühne erscheint Soermus in dem üblichen Smocking des Künstlers. Desto ungewohnter, unerwarteter ist seine in etwas holländischem deutsch gehaltenen Sprache. „Sobitich, freut“ er sich darüber, in der Geburtsstadt Gerdard Hauptmanns sein Konzert zu halten — minder erfreut ist er, daß es in einem Volkstale geschieht, bei Bier und Zabakqualm. Wir in Rußland trinken jahrelang kein Alkohol und unsere Arbeiter und Arbeiterinnen haben die prächtigsten Konzerte gesehen, wo sie die Kunst genießen.

Als erstes will er Mozarts dreiteilige D-Dur-Sonate spielen. Er erklärt, wie Mozart Hunger und Kälte gelitten hat für sein Kunstideal, er vergleicht es mit den Leiden der russischen Werktätigen, die für das Ideal der Vernichtung der Ausbeutung gehungert, gefroren, gefallen sind. Deshalb fand den Kontrast Mozarts Musik so nahe, deshalb hallt sie ihnen die schreckliche Zeit zu ertragen. Auch die deutschen Arbeiter, die deutschen Arbeiterinnen, Angestellten, Beamte, Künstler, Bediente müssen leiden. Aber wofür? Niemand weiß ein Ideal zu nennen, sie leiden, weil sie nicht den Mut haben, das Joch der Ausbeutung abzuschütten.

Und jetzt kam die Musik: Die Vögel zwitscherten, die silbernen Frühlingsbäche rieselten. Da klangen zwei Söhne hindurch, der eine ward immer stärker, jetzt vereinigten sie sich weich, innig und dann kam der Kampf und wiederum die Silbertröne des Klaviers. Und dann verstummte die Geige, dieses lebendige Kind in der Künstlerhand, das er so zart an sich schmiegt und nur das Klavier spielt und singt. Jetzt aber geht der Kampf weiter, der Streit steigt hoch, das Klavier redet von einer anderen Welt des Traumes und der Sehnsucht. Und dann beginnt die Geige leise, leise, sie vereinigen sich im heutigen Feuer der Ernte.

Wie gekannt sah eine halbe Stunde das Publikum. Dann aber erbraunte ein Orkan des Ablasses. Und Soermus sagt nachsprechend: Man muß warten, Hände zu flüchten, im Dezember wird es noch kälter sein. Dann kündigt er an, Robert Schumanns „Kindertrümmchen“ spielen zu wollen. Und er erzählt, wie in dem verheerenden Sowjetrußland auch in den schwersten Zeiten der Not für Kinder gesorgt wurde. Er erzählt, wie er sich selbst um seine zwei kleinen Mädels gekümmert hatte. Aber die Arbeiterregierung beschlagnahmte alle Lebensmittel und gab den Kindern in erster Linie Butter, Zucker und Milch und weißes Brot so reichlich, daß selbst den Eltern etwas davon abfiel. Aber hier in Deutschland, als die Klassen-Gelichter der Kinder und Frauen die abge-

Wieviel ist in Breslau Miete zu zahlen?

Wenn ich von der Friedensmiete die Abzüge weglassen, erhalte ich die Grundmiete.

Die Friedensmiete gleicht der am 1. Juli 1914 vereinbarten. War keine Vereinbarung vorhanden, läßt sich diese nicht feststellen usw., so ist die Friedensmiete gleich der ortsüblichen Miete bei Festsetzung des Mietzinses.

Die Abzüge von der Friedensmiete betragen: 20% für Betriebs- und Instandhaltungskosten; weiter (wenn diese Vergütungen und Nebenleistungen in der Friedensmiete enthalten waren) 9 Proz. für Sammelheizung; 3 Proz. für Warmwasserbereitung; 2 Proz. für Bedienung der Sammelheizung; 1 Proz. für Treppenhaus- und Flurbeleuchtung; 1 Proz. für Fahrstuhlbedienung; die tatsächlichen Vorkriegskosten anderer Nebenleistungen wie Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Druckluft usw. oder solcher, die nur einzelnen Mietern zugute kommen, wie Spiegelglasversicherungen usw. Solche Vergütungen und Nebenleistungen, die in der Friedensmiete nicht enthalten waren, müssen der Friedensmiete hinzugezählt werden.

Die Zuschläge zur Grundmiete betragen: 10 Prozent Steigerung für Zinsen und Beleuchtungskosten; Verwaltungskosten — bis 8 Wohnungen (und anderen Nebenräumen) 30 Proz., bis 16 Wohnungen 35 Proz., über 16 Wohnungen 40 Proz., wobei die dem Reichsmietengesetz (§ 16) nicht unterliegenden Räume nicht mitgezählt werden. Für Grund- und Gebäudesteuer, Kanalgebühren, Müllabfuhr, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Treppenhaus- und Flurbeleuchtung, Feuer- und Haftpflichtversicherung, Haus- und Straßeneinrichtung, Hausmeistervergütung, Fahrstuhlbetriebskosten, Sammelheizung, für Nebenleistungen wie Wasserkraft, Elektrizität, Dampf usw. wird der Zuschlag nach dem Verhältnis der Grundmiete auf alle Räume aus den tatsächlich entstandenen Ankosten umgelegt. Für all diese Arbeiten sind die Mieter verpflichtet, Vorschuß zu leisten. Falls die Treppenhaus- und Flurbeleuchtung nicht genau feststellbar ist, beträgt der Zuschlag hierfür 30 Proz. der Grundmiete. Die Feuer-, Wasser-, Haft- und Haftpflichtversicherung darf nicht höher als die von der Schles. Prov.-Feuerversicherungsanstalt erhobenen Prämien angerechnet werden. Bei Mehrverbrauch von Wasser durch einzelne (gewerbliche Betriebe) wird es ihnen angerechnet. Weiter für laufende Instandhaltungsarbeiten ein Zuschlag von 100 Proz. der Grundmiete, doch tragen außerdem für Tapezieren, Anstreichen, Kalfen von Wänden und Decken, Streichen von Fußböden und der Innenwände von Türen und Fenstern, für kleinere Instandhaltungen der Badeeinrichtungen, Zollläden und Jalousien, elektrischer Klingelanlagen, Badeöfen, Gas- und elektrischer Lichtanlagen, Anzeigerbeseitigung, für Instandhaltung der Fahrstühle die entstandenen Kosten die Mieter. Dabei entscheidet über die Notwendigkeit der Arbeiten in Streitfällen das Wohnungsamt. Uebersteigen die Kosten der seit Oktober 1920 ausgeführten notwendigen oder binnen 12 Monaten nach Stellung eines Antrages beim Mietzeinstellungsamte auszuführenden notwendigen Instandhaltungen außerhalb der Mieträume den Zuschlag zweier Kalenderjahre, so ist ein besonderer Zuschlag für Veranschlagung und Tilgung des Mehrbetrages durch das Mietzeinstellungsamte festzusetzen. Uebersteigen die Kosten der Instandhaltungsarbeiten überhaupt den Zuschlag für zwei Kalenderjahre, so gelten sie infoweit als große Instandhaltungsarbeiten. Diese sind: Arbeiten an Dächern, Rinnen, Abwasserrohren, sofern sie im Einzelfall mehr als den 4. Teil der für laufende Instandhaltungsarbeiten verfügbaren Mittel erfordern, weiter Abputz oder Anstrich des

ganzen Hauses oder ganzer Fronten oder Seitenflügel, Neuanstrich des ganzen Treppenhauses, Erneuerung oder Anlegen der Decken, der Heizanlage sowie größerer Zuleitungsrohre, Beseitigung von Schimmel, größere Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten, die zur Erhaltung des Gebäudes notwendig sind. Erneuerung ganzer Fußböden und Balkenstems 150 Proz. Zuschlag zur Veranschlagung und Tilgung von Mitteln, aber nur im Einzelfall für seit Oktober 1920 oder in den nächsten 12 Monaten seit Antrag notwendigen großen Arbeiten nach Festsetzung des Mietzeinstellungsamtes.

Unter Mieter, Mobilisierte haben einen Mietzins zu entrichten, der im angemessenen Verhältnis zu dem auf den leeren Raum entfallenden Teil des Hauptmietzinses steht. Für Ueberlassung von Einrichtungsgegenständen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Wäsche usw. haben sie angemessene Zuschläge zu entrichten.

Beispiel: Ich hatte für ein Zimmer und Küche im Jahre 1914 monatlich alles in allem 16 Mark Miete gezahlt. Das ist die Friedensmiete.

Davon muß abgezogen werden 20 Proz. Instandhaltungskosten, das ist 3,20 Mk., weiter für Treppenhaus- und Flurbeleuchtung 1 Proz., das ist 0,16 Mk. Andere Abzüge wie für Sammelheizung oder für Fahrstuhlbedienung kommen natürlich für eine Proletenwohnung wie die meinige nicht in Betracht, so daß der gesamte Abzug 3,20 Mk. (Instandhaltungskosten) und 0,16 Mk. (Treppenhausbeleuchtung) gleich 3,36 Mk. beträgt. Diese 3,36 Mk. von 16 Mk. abgezogen gibt 12,64 Mk. als Grundmiete.

Um die geleihete Miete, die ich nun bezahlen muß, zu erhalten, muß ich jetzt erst die Zuschläge berechnen. Die sind: Steigerung für Zinsen und Kosten der Beleuchtung 10 Proz., das heißt 1,26 Mk., weiter, da das Haus 18 Wohnungen hat, 40 Proz. nicht umlegbare Verwaltungskosten, also 5,06 Mk. Da die Treppen- und Flurbeleuchtungskosten nicht feststellbar sind, muß dafür 30 Proz., d. h. 3,79 Mk. Zuschlag gerechnet werden. Was Grund- und Gebäudesteuer, Kanalgebühren, Müllabfuhr, Wassergeld, Schornsteinfegergeld, Feuer- und Haftpflichtversicherung, Haus-, Straßeneinrichtung und Hausmeistervergütung betrifft, legte der Hauswirt eine Rechnung auf rund 12 000 Mk. jährlich, d. h. 1000 Mk. monatlich, vor, die er mit den Büchereinträgen belegen konnte. Da die Grundmiete für alle Wohnräume zusammen 260 Mk. beträgt, entfällt auf die Wohnraumeinheit der 260. Teil von 1000 Mk., das heißt 3,70 Mk. und auf meine Wohnung mit 12,64 Mk. Grundmiete 12,64 mal mehr, das heißt 46,78 Mk. Zuschlag. Doch ist das nicht alles. Für laufende Instandhaltungsarbeiten 100 Proz., d. h. 12,64 Mk. Für die Ausbesserung des Daches — es regnete bereits durch — und für die Maurerarbeit auf der Hinterfront, rechnet der Hauswirt als für große Instandhaltungsarbeiten 150 Proz., d. h. 18,96 Mk. Alle die Zuschläge machen also 1,26 Mk. (Zinsen) und 5,06 Mk. (nicht umlegbare Verwaltungskosten) und 3,79 Mk. (Treppenhausbeleuchtung) und 46,78 Mk. (Grundsteuer) und 12,64 Mk. (laufende Arbeiten) und 18,96 Mk. (große Arbeiten) gleich 88,49 Mk. Die geleihete Miete beträgt also 12,64 Mk. Grundmiete und 88,49 Mk. Zuschlag gleich 101,13 Mk. monatlich. Dabei müßten die Wände längst gefalzt werden, die Fußböden geputzt werden usw. — aber da heißt es: Kosten tragen die Mieter!

Die Sammlung für die politischen Gefangenen ergab 3700 Mark.

Folgende zwei Resolutionen wurden gegen 3 Stimmen angenommen:

„Die am 12. Oktober im Saalbau Friedrichshain versammelten Berliner Proletarier protestieren auf das schärfste gegen die Behandlung, die die Regierung den Kämpfern der Arbeiterkassette angedeihen läßt.“

In demselben Augenblick, in dem vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig eine Postleiste gepöbelt wird und der Vorliegende sich ängstlich hütet, die wahren Schuldigen am

Rathenaumord, die Orchesterleute, die Ludendorff-Oligarchie und das böllische Mordgelande bloßzustellen, in demselben Augenblick wird ein revolutionärer Kämpfer wie Max Hoelz von entmenschten Schergen fast zu Tode gequält, ihren Laufenden von Proletariern als politische Gefangene hinter den Kerkermauern der sozialdemokratischen Stimmeregierung.

In demselben Augenblick, wo die Deuerung und Unerträglichkeit wächst, preßt die Regierung auf ihre Versprechungen von Amnestie, läßt sie sogar Reichswehrsoldaten in Uhd zu hohen Strafen verurteilen, die nichts anderes taten, als ihre Löhne verlangten. Durch die Auslieferung revo-

mageren Gelichter der Arbeiter beobachtet, auf der anderen Seite aber den Ueberfluß in den Läden, das Prassen der Mülligänger sieht, da sagt er sich: „Hier ist alles verkehrt.“ Der Beifall der Zustimmung verstummte kaum und schon ergiebt sich der Traum von dem Zukunftslande des Kindes in der Saal. Ich wende mich um und schaue in das Publikum. Werden diese Frauen und Männer auch soviel Opfermut aufbringen wie ihre russischen Brüder und Schwestern, werden sie für die Verwirklichung dieser Träume kämpfen? Und die spärlichen Klänge des Klaviers fließen, tropfen wie die Zeit selbst in die sich die breite, prägende Melodie ergibt von der Wundergeige, welche ein Flügzeug aus dem roten Lande gebracht hat, wo nicht Bomben sondern Geigen vom Himmel fallen.

Marianowa allein am Klavier. Sie spielt eine alte Weise von Olinka in der Bearbeitung von Batajewa, dann die „Spieldose“ von Tjadow — eine Erinnerung an die Kindheit. Die Künstlerin zeigt die Vollkommenheit ihrer Technik, man vergißt, daß ein Klavier hier ist, meint noch immer die Geige zu hören.

Nach einer kurzen Pause trägt der Breslauer Schauspieler Wiesner den „5. Oktober“ des Schiller's Heyn vor. Ausdrucksvoll gibt er die psychologische Umwälzung der Massen wieder, die von stumpfer Verzweiflung zur rettenden Tat gelangen. Daraufhin spielt wiederum Soermus von Marianowa am Klavier begleitet. Erst eine Melodie von G. Fr. J. dann eine phantastische Variation auf das russische Volkslied „Wo ulize hoshowoj“ von Minjakowski schließlich das Wolgahied „Burlaki“. Das sind diejenigen armen der armen, — erklärt er — die die Brotkörbe auf der breiten Wolga stromaufwärts schleppen. Auf dem Schiffe sah ein reichgekleideter Dicker „Kupez“ (Schacherer, Schieber) und sie, die halbnackten, mageren Gestalten zogen an Stricken über der Schulter, das Schiff. Dieses Lied ist heute näher dem deutschen Arbeiter als dem russischen. In Rußland schleppen die Werktätigen nicht mehr Schiffe der Ausbeuter, denn dem arbeitenden Volke gehört dort alles. Aber hier in Deutschland müssen die werftätigen Massen nicht nur das Schiff ihrer eigenen, sondern noch der fremdländischen Schieber schleppen. Der deutsche Arbeiter ist der Kuli des Weltkapitals. Und das wehmütige Lied erklingt und erzählt von den Leiden der Ausgebetteten, von dem wachsenden Unglück, von dem reisenden Entschluß.

Dann erzählte der rote Geiger von der schrecklichen Naturkatastrophe, von der Dürre, von dem gesprungenen Boden, dem brachliegenden riesengroßen Gebirge, von dem Massensterben, von dem Hilfswerk der Arbeiterregierung. Davon, wie in Amerika mit Weizen geheizt wurde, in den Häfen keine Schiffe fanden, Millionen Arbeitslose auf der Straße lagern — aber die kapitalistische Welt wollte Rußland, wo die Arbeiter regieren, mürbe machen, ein Beispiel für die internationale Arbeiterkassette hantieren. Nicht umsonst erklärte ein Held, daß je schlimmer es in Rußland zugeht, desto früher die Sowjetmacht fallen wird. Aber alle Hoffnungen der Kapitalisten schlagen fehl. Der Arbeiterkassette hat die schreckliche Zeit hinter sich, die letzte Ernte war nicht schlecht. Im Frühjahr muß ganz

Rußland besät werden, da müssen aber die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter mithelfen. Denn die russischen Saaten sind deutsche Saaten“ so betrachtet man sie allgemein in Rußland. Die deutsche Technik, die deutsche Organisation verbunden mit den russischen Bodenschätzen und dem russischen Enthusiasmus werden ein unbezwingbares, glückliches, werftätiges Volk schaffen.

Und schon begann die Sammlung. Ein jeder wollte sein Geld anlegen in die russische Ernte, statt es als Zigarette, Bier oder Trödel zu verpulvern. Und ein riesiger Haufen Geld türmte sich auf dem Tische. Und es waren nicht etwa Einmark oder Fünfmarkscheine, Zwanzig-, Fünfzig-, Hundertmarkscheine lagen da und nur, indem er das Zücheln wie ein Bündel zusammenpackte, konnte Genosse Scholz das viele Geld weg-schaffen.

Dann aber erlangen zu Ehren der Kinder und Frauen, dieser unschuldigen Opfer der Blockade Sowjetrußlands durch die Imperialisten die bekannten Klänge des russischen „Trauermarches“ — freilich von Soermus gespielt wirken sie besonders tief. Zuletzt noch als Gruß den deutschen Frauen von den russischen Genossinnen „Am Brunnen vor dem Tore“. Die deutschen Arbeiter kämpften tapfer für das Vaterland des Kaisers, der Reichen. Der Kaiser lief fort nach Holland aber auch die deutschen Arbeiter haben den Kopf verloren, statt sich ein Arbeitervaterland zu schaffen, es von den Mülligängern zu säubern und zu verteidigen, harrten sie weiter aus und lassen die Köpfe hängen. Die deutschen Arbeiterfrauen müssen den Männern beistehen, Schulter an Schulter mit ihnen kämpfen wie es die russischen Arbeiterinnen getan haben.

Unter tosendem Beifall verabschiedete sich Soermus. Jetzt trug noch Wiesner ein revolutionäres Gedicht „Die Arbeiter an ihre Brüder“ Herweghs vor. Der Abend war zu Ende. Aber nein, Spontan erhoben sich die Anwesenden und die „Internationale“ brauste durch den Saal. Auch beim Verlassen des Raumes füllten sich die Türen und Treppen mit revolutionären Gefängen und erfreulicherweise konnte man merken, daß die schöne Sitte, singend das Versammlungstokal zu verlassen, sich allmählich auch in Schlesien durchsetzt.

Ich lauschte den Gesprächen: „Dosters müssen solche Abende veranstaltet werden. Dann lernt die Breslauer Arbeiterschaft, wie man Konzerte hört, wie man sich benimmt.“ Es muß von vornherein auf den Plakaten, auf den Eintrittskarten bemerkt sein, daß Rauchen verboten ist.“ Der Saal muß geheizt sein und mit dem Wirt vereinbart werden, daß es keinen Ausschank gibt.“ So eine Sache muß im Konzerthause veranstaltet werden.“ Da es war wunderbar, aber — das sagte, ihre ich mich nicht, Genosse Lehnhardt, der in Rußland gefangen war — ich hätte an Stelle von Soermus das Programm anders zusammengestellt. Mozart, Schumann, das Wolgahied, der Trauermarsch — natürlich! Aber das andere? Warum nicht die „Dobuschka“, „Stenka Razin“, „Kavol i Stach“, warum kein Kamplud zum Schluß?“

Und ich müßte allen den Kritikern recht geben und dem letzten nicht münden. —

